

# Teilungsgewinnler in Pankow

## Jakob Kaiser: Künstliche Barrieren beseitigen – Eine Scheinsouveränität

Berlin (Eigenmeldung). Die sowjetische Taktik, dem Satellitensystem in Pankow „Souveränität“ zuzusprechen, sei mit Sorge zu betrachten. Dies erklärte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser. Ohne die Scheinsouveränität im geringsten zu überschätzen, bleibe doch die Tatsache bestehen, daß sie nicht Förderung, sondern Erschwerung der Wiedervereinigung bedeute. Auf dem SED-Parteitag in Ostberlin zeige sich schon, worauf man mit der Scheinsouveränität hinaus wolle: dem kommunistischen Regime sollen neue Chancen verschafft werden.

„Man spricht auf dem Parteitag von einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Westdeutschland und der sogenannten DDR. Mit anderen Worten, man will von Westdeutschland die Anerkennung des Regimes, die ihr von den 18 Millionen versagt wird. Man braucht nur an den 17. Juni zu erinnern, um zu wissen, was die Bevölkerung von dem Regime hält“, sagte Kaiser.

Weiter fordere man auf dem SED-Parteitag „gesamtdeutsche Beratungen“ und eine „gesamtdeutsche provisorische Regierung“. Vom Osten werde behauptet, daß nur so „gesamtdeutsche freie Wahlen“ herbeigeführt werden könnten. Im gleichen Atemzuge böten sich die SED und das System in Pankow als Garanten freier Wahlen an.

„Darauf kann man nur eines sagen: nach den Erfahrungen fast eines Jahrzehntes mit der SED und dem Regime in Pankow kann man die beiden nur als Saboteure von freien Wahlen ansehen. Niemand läßt sich heute mehr den Bären aufbinden, daß die SED einen Weg zur Wiedervereinigung sucht.“ Daran werde auch die Durchführung von Wahlen zur Volkskammer, wie sie auf dem Parteitag für Herbst 1954 angekündigt wurden, nichts ändern.

Nach Ansicht des Bundesministers bedürfe es innerhalb Deutschlands nur der Beseitigung der künstlichen Barrieren. Sie beseitigen heiße, den Weg von der Machtpolitik zur Entspannungspolitik einschlagen. Mit Spruchbändern und Appellen, mit Deklamationen und De-

legationen sei kein Deutscher mehr irreführen. Denn jeder Deutsche sei sich heute klar, daß Pankow weder den Willen noch die Macht habe, die Wiedervereinigung zu schaffen. Kaiser erklärte: „In Pankow sitzen die Teilungsgewinnler. Die Macht zur Wiedervereinigung unseres Landes liegt nach wie vor bei den großen Mächten.“

Dies mindere aber keineswegs die eigene Verantwortung. Es müßten sich alle Kreise des deutschen Volkes, alle seine Schichten und Stände zusammenfinden, um für die großen Mächte die Wiederherstellung der staatlichen Einheit und Freiheit unausweichlich zu machen.

## Anerkennung unmöglich

Berlin (Eigenmeldung). Das SED-Regime in Pankow werde auf keinen Fall anerkannt werden. Die zweifelhafte „Souveränitätserklärung“ ändere nichts an diesem Standpunkt. Das ist die allgemeine Meinung in den Regierungshauptstädten der freien Welt.

Ein Sprecher des Foreign Office in London erklärte z. B. zu den Erklärungen Ulbrichts auf dem SED-Parteitag, Großbritannien denke nicht daran, zur Sowjetzone diplomatische oder Konsularbeziehungen aufzunehmen.

Vertreter der westlichen Militärmissionen, denen Ulbricht unter Hinweis auf die Pankower „Souveränität“ den Aufenthalt in der Zone untersagt und gleichzeitig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Pankow angeboten hat, erklär-

ten, ihre Regierungen würden diesem Ersuchen Pankows keinesfalls nachkommen.

Außer Bundesminister Jakob Kaiser haben auch andere Vertreter der Bonner Regierung eine Anerkennung Pankows für unmöglich erklärt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Bundesminister Dr. Hermann Schäfer, betonte, die Bundesregierung könne die Sowjetzone nie als einen souveränen Staat anerkennen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer wird voraussichtlich am kommenden Mittwoch im Bundestag eine Erklärung zur Pankower Souveränitätserklärung abgeben. Die Erklärung war ursprünglich bereits für die Bundestagssitzung in der vergangenen Woche vorgesehen. Sie ist aber verschoben worden, weil Dr. Adenauer den Verlauf des SED-Parteitages abwarten wollte.

## 5 Jahre Atlantikpakt

Am 4. April 1949 wurde in Washington der Atlantikpakt unterzeichnet. Dieses wichtige Instrument der Friedenssicherung besteht also fünf Jahre. Wenn die Sowjets gerade jetzt ihre Mitgliedschaft in dem Pakt anbieten, so ist das fast wie ein Geburtstagsgeschenk — wenn es überhaupt ein Geschenk wäre. In Wirklichkeit ist es etwas ganz anderes.

Gerade im Hinblick auf das merkwürdige Angebot aus Moskau empfiehlt es sich, die Entstehungsgeschichte des Atlantischen Paktes kurz in Erinnerung zu rufen. Die erste Anregung zu seinem Abschluß und der Abschluß selbst fielen nicht zufällig in die Zeit der Blockade Berlins durch die Sowjets. Dieser unerhörte und nur notdürftig verschleierte Akt der Aggression war der stärkste Antrieb zur Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft der freien Welt. Andere feindliche Handlungen der Aggression und der Vergewaltigung waren bereits vorausgegangen: die sowjetische Aggression gegen Iran im Jahre 1946, die gewaltsame Verwandlung osteuropäischer Länder in moskauhörige Satelliten, der von Moskau befohlene Staatsstreich in der Tschechoslowakei, die Aufrüstung der Satellitenländer und schließlich die Aufrechterhaltung einer beträchtlichen roten Streitmacht weit vor den sowjetischen Grenzen in Mitteleuropa.

### Folge der Aggression

Die Gründung der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft war also die natürliche, die zwangsläufige Folge der sowjetischen Politik. Der Atlantische Pakt ist in dem gleichen Maße und in der gleichen Entwicklung die Reaktion auf feindselige Aktionen Moskaus, wie die Europäische Verteidigungsgemeinschaft später die Folge des koreanischen Überfalls des Kommunismus geworden ist. Die Teilnahme Deutschlands an ihr war um so mehr geboten, als damals von kommunistischer Seite drohend erklärt wurde, daß der als „Bürgerkrieg“ ge-

tarnte koreanische Fall sehr wohl ein „Modell“ auch für Deutschland und seine Wiedervereinigung sein könne.

### Ein moralischer Bund

Diese Entstehungsgeschichte des Atlantikpaktes und später der EVG liefert den besten Hintergrund zur Bewertung der neuen Note, mit der Moskau im Kampf gegen die EVG und zu ihrer Verhinderung das überraschende Angebot macht, die Frage eines Beitritts der Sowjetunion zum Atlantischen Pakt zu erörtern. Die Antwort darauf lautet, daß man einen Aggressor nicht in die Organisation aufnimmt, die zur Sicherung gegen ihn geschaffen worden ist, — jedenfalls nicht, solange er seine Haltung nicht grundsätzlich geändert hat. Aber das ist noch nicht alles. Der Atlantische Pakt ist nicht nur eine militärische Verteidigungsgemeinschaft, sondern auch ein moralischer Bund, der auf der Anerkennung wichtiger Grundsätze des Rechts und einer freizeitlichen Humanität beruht. In seiner Präambel heißt es zum Beispiel, daß die Vertragspartner entschlossen sind, „die Freiheit ihrer Völker, ihr gemeinsames Erbe und ihre Zivilisation zu bewahren“. Weiter ist dort zu lesen, daß sie sich stützen „auf die Grundsätze der Demokratie, auf die persönliche Freiheit und auf die Herrschaft des Rechts“. Das ist also ein Bekenntnis gerade zu jenen politischen und ethischen Werten, die von der Sowjetunion nicht

nur abgelehnt, sondern als „bürgerliche Sentimentalitäten“ brutal vernichtet werden.

Das alles weiß Moskau selbstverständlich ebenso gut wie wir. Aber es kommt den Machthabern des Kreml tatsächlich gar nicht darauf an, in den Pakt einzutreten. Vielmehr wollen sie unter Vortäuschung anderer Möglichkeiten die Einigung und Vereinigung Europas hintertreiben, auf dem Wege, zu deren Verwirklichung die EVG die am meisten umformende und verwandelnde Kraft sein würde. Wenn es in der sowjetischen Note überhaupt etwas Positives gibt, dann ist das allenfalls der völlige Stellungswechsel in der Frage eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems, zu dem nun auch die USA gnädig zugelassen werden sollen. Ein solches Sicherheitssystem, das auf der Berliner Konferenz und vorher auch in den Überlegungen der Westmächte eine nicht geringe Rolle spielte, ist vielleicht eine Stufe kommander Entwicklung und deshalb einer politischen Erörterung durchaus zugänglich. Aber es setzt in jedem Falle auch im freien Sektor Europas starke Staaten voraus. Eine Union solcher demokratischen Staaten muß in ihm ebenso legitim sein wie die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Der Atlantikpakt hat in den fünf Jahren seines Bestehens mehr zu einer solchen Entwicklung und auch mehr zur Wahrung des Friedens bewirkt, als man heute vielleicht exakt weiß.

## Sowjet-Note glatt abgelehnt

Berlin (AP). Die neuen sowjetischen Vorschläge für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem und den Eintritt der Sowjetunion in die NATO sind von den Außenministerien Amerikas und Englands glatt abgelehnt worden. In der amerikanischen Erklärung heißt es, an Stelle der auf der Berliner Konferenz geforderten Auflösung der NATO solle nun deren innere Aushöhlung durch die Mitgliedschaft der Sowjetunion treten. Der britische Außenminister Eden sagte im Unterhaus, Großbritannien könne einer Ablösung des NATO-Paktes durch ein so vages Sicher-

heitssystem, wie es Moskau vorschläge, niemals zustimmen. Der Pakt diene dem Schutz vor der sowjetischen Bedrohung.

Die Meinungen der westeuropäischen Zeitungen über die sowjetische Note halten sich zwischen schroffer Ablehnung und leisem Zweifel, ob nicht mehr hinter der Note stecke als der Versuch, die EVG zu sabotieren und die Verwirrung in Frankreich zu steigern. Die Pariser Zeitung „Le Monde“ meint, der US-Senat werde einem Eintritt des „Moskauer Wolfs in den atlantischen Schafstall“ schwerlich zustimmen.

## Ratifikationsurkunde unterzeichnet

Bonn (Eigenmeldung). Bundespräsident Heuss hat die Ratifikationsurkunden zu den Verträgen von Bonn und Paris unterzeichnet.

Unmittelbar darauf wurden die Urkunden zum Deutschland-Vertrag im politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn hinterlegt. Gleichzeitig flog ein Kurier mit den Urkunden zum EVG-Vertrag nach Paris, wo die Hinterlegung durch den deutschen Botschafter, Prof. Hausenstein vorgenommen werden soll. Eine weitere Ratifikationsurkunde, die in London hinterlegt wird, bezieht sich auf den Vertrag zwischen Großbritannien und den EVG-Mitgliedsstaaten.

## Wieder mehr Flüchtlinge

Berlin (Eigenmeldung). 12 494 Flüchtlinge kamen im März nach Westberlin. Das sind über doppelt soviel wie im Vormonat. Am Eröffnungstag des SED-Parteitag sind rund 500 Flüchtlinge in Westberlin registriert worden.

## Ein Berliner Programm

### Sender Freies Berlin hält Verbindung zur Zone

Berlin (Eigenbericht). Die praktische Arbeit des neuen Senders Freies Berlin hat mit dem Einzug der Geschäftsführung in das NWDR-Rundfunkhaus am Heidelberger Platz offiziell begonnen. Zwar wird man sich dort noch bis zum 31. Mai als Gast des NWDR betrachten müssen, dann aber folgt am 1. Juni die Übernahme aller Rechte und Pflichten und damit zugleich die letzte Bestätigung als selbständige Rundfunkanstalt.

Prof. Dr. Dovifat, der Vorsitzende des Rundfunkrates, dessen 34 Mitglieder die geistige Haltung des neuen Senders überwachen sollen, bezeichnete es als dessen Aufgabe, Berlin selbst zu dienen, aber vor allem auch die funkische Verbindung nach Westdeutsch-

## Pankow auf Synkopen-Jagd

### „Neuer Kurs“ als Aushängeschild — Schlimmer denn je

Berlin (Eigenbericht). Als es den Pankower Kulturpäpsten vor knapp einem Vierteljahr wieder einmal geraten schien, „Kulturaustausch“ mit dem Westen zu fordern, wurde ein „neuer Kurs“ auch für die Kulturpolitik verkündet. Es erschienen plötzlich eine „Wochenpost“ und ein „Magazin“ auf dem Markt, die die parteidoktrinäre Müffigkeit zum erstenmal hinter hübschen Mädchen-gesichtern zu verstecken suchten. Und zwar so gründlich, daß man nach Betrachtung der Fotos und Leserzuschriften zu dem Schluß kommen konnte, der „neue Kurs“ sei eine Art „nackter Kurs“.

Pankow ging noch weiter in seinen ideologischen Seitensprüngen. Plötzlich tönnte Jazzmusik aus östlichen Sendern. Und in Ostberlin wurde im Friedrichstadtpalast ein Konzert des westdeutschen Orchesters Kurt Widmann groß angekündigt. Ost-Kultusminister Johannes R. Becher schien keine Gelegenheit auslassen zu wollen, um dem Westen zu zeigen: „Wir sind gar nicht so!“

Pankower Propaganda-Lügen haben immer besonders kurze

Beine gehabt. Und so ist es am vergangenen Wochenende passiert, daß mindestens das Gerüde vom „neuen Kurs“ in der Tanzmusik unrühmlich widerlegt wurde.

Das größte private Tanzorchester der Sowjetzone, die Kapelle Karl Walter, flüchtete vor drohender Verhaftung aus Chemnitz nach Westberlin.

Die 20 Mann, die moderne — nicht einmal übersteigerte — Tanzmusik spielten, wurden verfolgt, weil sie die Synkopen, die die SED-Presse theoretisch gebilligt hatte, auch praktisch anwendeten. „Neuer Kurs? Das Gegenteil ist der Fall. Es ist schlimmer als je“, sagte Karl Walter. Von der Probe weg flüchtete er mit seiner ganzen Kapelle. Jeder fuhr einen anderen Weg nach Berlin. Vom Saxophon bis zur Arrangements-Mappe brachten sie alles mit.

Daß moderne Tanzmusik in der Zone trotz „neuen Kurses“ und vieler Versprechen genau so verboten ist wie zuvor, beweist das Schicksal der Kapelle Walter. Das erste Auftrittsverbot gab es im November 1950. Das zweite folgte im Oktober 1953. Seither durfte die beliebteste Kapelle der Zone nicht mehr auftreten. Am 2. April nun sollte sie das erstmal wieder auf der Bühne erscheinen. Die Karten für den Saal waren Tage vorher ausverkauft.

Die SED versuchte mühsam, ihr Gesicht zu wahren: Appelle an die Jungarbeiter, das Konzert nicht zu besuchen. Die Jungarbeiter kauften erst recht Karten. Und als sie Protestresolutionen gegen die „Ami-Musik“ unterschreiben sollten, gab es Krawall.

Also erschien nach der alten SED-Praxis in der Chemnitzer „Volksstimme“ am 30. März ein Artikel über „Empörung der Bevölkerung“ gegen Karl Walter, am 31. März die Meldung, daß die Kapelle wegen eben dieser Empörung aufzulösen sei. Am Rande: Der Bescheid über unbegrenztes Auftrittsverbot für die gesamte Zone war schon am 29. März ausgeschrieben worden.

land sowie nach der Sowjetzone zu erhalten. Die Erfolgsaussichten könnten durch starke Beteiligung und sachliche Kritik der Hörer wesentlich gefördert werden.

## Kirchentag wird vorbereitet

Leipzig (DPA). Der sächsische Landesausschuß des Deutschen Evangelischen Kirchentages hat seine vorbereitenden Arbeiten für den diesjährigen in Leipzig stattfindenden Kirchentag aufgenommen und in der Messestadt eine Geschäftsstelle eröffnet. Den Vorsitz in dem vorbereitenden Ausschuß führt Präses D. Reimer Mager, Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Zum Geschäftsführer wurde Direktor Edgar Lux bestellt. Die Anschrift des Leipziger Ausschusses lautet: Tröndlinring 9.

## H-Bombe kann jede Stadt vernichten

### Dramatische Debatte in aller Welt - Dritte Explosion

Washington (AP). Auf den Marshall-Inseln im Pazifik ist eine weitere Wasserstoffbomben-Explosion ausgelöst worden. Es handelt sich um die dritte amerikanische Wasserstoffbomben-Explosion. Die erste erfolgte im November vergangenen Jahres, die zweite am 1. März.

Eine weitere Wasserstoffbomben-Explosion, die die Gewalt der Bombe vom 1. März noch übertreffen soll, ist für Ende April vorgesehen.

Die verheerende Wirkung der amerikanischen Wasserstoffbomben war in der vergangenen Woche das Thema Nr. 1 der Weltpolitik. In Washington gab der Vorsitzende der Atomenergiekommission, Konteradmiral Strauss, bekannt, daß jede Stadt der Welt durch die Wasserstoffbombe völlig vernichtet werden könne. Präsident Eisenhower wies darauf hin, daß die Sowjets jetzt möglicherweise zu Verhandlungen über seinen Vorschlag bereit seien, die Atomenergie zu friedlichen Zwecken auszunutzen.

Konteradmiral Strauss berichtete, die beiden letzten Wasserstoffbombenversuche hätten die militärische Macht der USA in unerhörtem Maße verstärkt. Strauss warnte vor übertriebenen Berichten über die Gefahr der neuen Waffe und betonte, daß zu einer Beunruhigung der Weltöffentlichkeit kein Grund bestehe.

Wenige Tage später gaben die USA, Großbritannien und Frankreich in gleichlautenden Noten bekannt, daß sie die baldige Einberufung der Abrüstungskommission der UN beantragen haben. Sowjetische UN-Delegierte erklärten hierzu, sie seien bereit, an der Sitzung teilzunehmen.

In Kreisen der UN wurde erklärt, zwischen dem Treffen der Abrüstungskommission und den amerikanisch-sowjetischen Atomgesprächen bestehe kein direkter Zusammenhang.

### Größter Friedensfaktor

Detroit (DPA). Das bloße Vorhandensein der Wasserstoffbombe könne sich „als einer der größten Friedensfaktoren der Weltgeschichte“ erweisen, erklärte US-Vizepräsident Nixon

in einer Rede, die offensichtlich vorher von Eisenhower gebilligt worden war. Die Sowjets wüßten heute sehr genau, daß es für sie „nationaler Selbstmord“ wäre, wenn sie einen Krieg beginnen würden.

London (AP/DPA). Premierminister Churchill hat es im Unterhaus abgelehnt, von der US-Regierung die Einstellung der Wasserstoffbombenversuche im Pazifik oder eine internationale Kontrolle der Experimente zu verlangen. Churchill, der damit die Forderung zahlreicher Labour-Abgeordneter zurückwies, erklärte, diese Versuche seien keine Gefahr.

Er sagte: „Wir würden der freien Welt einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir unsere amerikanischen Verbündeten in irgendeiner Weise bei der Vervollkommnung der Waffe behinderten, die den größtmöglichen Schutz gegen den Ausbruch des dritten Weltkrieges bietet.“

## Erdölproduktion im Ostblock

### Plansoll von 1937 noch nicht erreicht

Berlin (Eigenbericht). In einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird die sowjetische Erdölförderung 1953 mit 52 Mill. Tonnen — ein neuer Höchststand — angegeben. Im gesamten Ostblock wurden rund 63 Mill. t gefördert. Gegenüber 1938 entspricht das einer Steigerung von 70 v.H. Im gleichen Zeitraum hat sich jedoch die Gewinnung in den USA auf 317 Mill. t verdoppelt und in Vorderasien auf 121,6 Mill. t mehr als versechsfacht. Dabei steht die Gesamtförderung des Ostblocks mit 63 Mill. t noch um 5 Mill. t zurück hinter dem Plansoll der Sowjetunion für 1937.

## Italienisches Kabinett billigt EVG

Rom (AP/DPA). Das italienische Kabinett hat unter Vorsitz von Ministerpräsident Scelba dem Ratifizierungsgesetz zum EVG-Vertrag zugestimmt. Die Vorlage wird wahrscheinlich Anfang nächster Woche dem Parlament zur Beschlußfassung zugeleitet werden.

Luxemburg (DPA). Im Parlament von Luxemburg beginnt am 6. April die Debatte über die Ratifizierung des EVG-Vertrages.

Wien (DPA). Zweihundert Vertreter europäischer politischer Jugendverbände forderten auf der Abschlußsitzung der zweiten Tagung des europäischen Jugendparlamentes in einer Entschließung die unverzügliche Ratifizierung des EVG-Vertrages.

## Konsulate geschlossen

New York (AP). Die polnische Regierung hat entsprechend einer Forderung der USA ihre Konsulate in New York, Chicago und Detroit geschlossen.

## Neues Bündnis

Karatschi (AP). Pakistan und die Türkei haben in Karatschi ein Bündnisabkommen unterzeichnet, in dem sich beide Länder zu militärischer, wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit verpflichten.

Die relativ geringe Förderung der Satellitenländer geht zum größten Teil in die Sowjetunion. Dazu kommt das Öl aus den österreichischen Gebieten bei Zistersdorf. Auch erhält die Sowjetunion größere Mengen von synthetischen Kraftstoffen aus der Sowjetzone, deren Produktion 1952 rund 1,2 Mill. t betrug und im vergangenen Jahr auf 1,6 Mill. t gesteigert werden sollte.

Der pro-Kopf-Verbrauch von Mineralölen im Ostblock erreichte 1952 im Durchschnitt 183 kg, das heißt etwa 71,4 v.H. des westeuropäischen und 83,5 vom Hundert des gesamteuropäischen Durchschnitts.

# Starke Worte vom Zentralviehhof

**Ulbricht: Lebensmittelkarten bleiben, Normen höher, „Wahlen“ wie gehabt**

3000 SED-Delegierte und zahlreiche Gast-Kommunisten haben sich gemüht, den mehrstündigen Referaten ihrer Parteiführer zu entnehmen, wie sich die politische und ökonomische Zukunft der SED gestalten mag. Im bombastisch dekorierten Raum der Werner-Seelenbinder-Halle auf dem Ostberliner Zentralviehhof tagt der IV. Parteitag der SED. Politische Beobachter konstataren enttäuscht, daß diese Partei weder ihren eigenen Leuten noch der Bevölkerung etwas Neues zu sagen hat. Nur die Skeptiker wurden übertroffen: Die SED hat noch mehr Schwäche und noch weniger Perspektive gezeigt, als man erwartete.

Will man das wesentliche Ergebnis der Schaustellung raffen, so ergibt sich außer einigen starken Worten des Generalsekretärs Ulbricht: Die Politik wird lauter und radikaler, in dessen Wirtschaft und Versorgung langsam aber sicher zu Boden gehen. Das heißt — wie Ulbricht es nüchtern umriß — für die Bevölkerung: Die Karten und der Mangel bleiben. Für die Arbeiter: Die Normen werden noch mehr steigen. Und für sie alle, die nach freien Wahlen rufen: Im Herbst wird die „Volkskammer“ neu gewählt, verbunden mit einem kommunistischen Volksentscheid — wie gehabt.

Bei der Anfahrt zum Viehhof verblüffte das Sicherungs-Aufgebot. Einige hundert Vopos und recht viel gleichgekleidete Bulldoggengesichter des SED umschwärzten das Schlachthofgelände. Nach dreifacher Kontrolle erreicht man den Mammutsaal. Die 14 Riesenbanner aus rotem Samt, die hinter einem überdimensionalen Blumenarrangement prangenden Köpfe der kommunistischen Altvorderen Marx, Engels, Lenin, Stalin und die Transparente hat man sich etwas kosten lassen: 135 000 DM zahlt die Parteikasse für diesen Dekor, um das sich ein 80köpfiges Vorbereitungskomitee bemühte.

## Tragt Orden, Genossen!

Dem Betrachter fällt die Angleichung an KPdSU-Kongresse auf: Eisenbahner mit einem guten Dutzend Orden auf der Brust, rote Schlipse in allen Farbschattierungen, Volkspolizei-Offiziere mit russischer Tellermütze und schwerem Epaulettenschmuck. Einer soll den Rekord halten: 28 Orden und Medaillen. In einer kleinen

Loge Hochkommissar Semjonow mit seinem Stab. Auf der ersten Bank der sechsstufigen Podiums-Tribüne: das SED-Politbüro, die Moskauer Gäste und zwei Chinesen, die niemand ausenanderhalten kann. Sobald das Politbüro klatscht, fallen alle Anwesenden rhythmisch ein.

## „Braten der Werktätigen“

Die größte Strapaze brachte man schon am ersten Tag hinter sich: Ulbricht verlas sechs Stunden lang den 220seitigen Rechenschaftsbericht der Partei in fließendem Sächsisch. Nach jeder Atempause beklatschte er sich nach sowjetischer Sitte selbst. Delegierte, die sich zu den HO-Bockwurstständen drücken wollten, wurden von SED-Ordnern freundlich, aber bestimmt umdirigiert. Bockwurst — allgemein „Braten der Werktätigen“ genannt — darf nur in den Pausen genossen werden.

Nachdem Ulbricht den Delegierten erzählt hatte, die SED sei „die erfolgreichste deutsche Partei“, forderte er die Anerkennung der SED-Regierung durch ausländische Staaten und die Bundesrepublik. Er betraf sich zu diesem Zweck auf die von den Sowjets kurz zuvor verkündete DDR-Souveränität. In massiven Worten kündigte er den außer den drei Westmächten auf sowjetzonalen Gebiet tätigen westlichen Militärmissionen ihre aus den Kontrollratsvereinbarungen herrührenden Durchfahrtsrechte. Allerdings künnten diese Schwierigkeiten umgangen werden, wenn die betreffenden Staaten die SED-Regierung anerkannten. Für die SED gab Ulbricht die Parole „Kampf!“ aus. Die Partei sei stärker als je zuvor, jetzt gehe es darum, ganz Deutschland „die

Errungenschaften der DDR“ zu bringen. Für die Bundesrepublik bedeute dies die Durchführung „elementarster neuerzeitlicher Maßnahmen zur Entwicklung der Demokratie“.

## Auf Friedenswacht

Als für die Zone neuerzeitliche Maßnahme kündigte Ulbricht Herbstwahlen zur „Volkskammer“ an. Man werde diese Wahl jedoch mit einer „Entscheidung für einen Friedensvertrag, für den Abzug der Besatzungstruppen und gegen die Verwandlung der Bundesrepublik in eine Militärbasis der USA“ verknüpfen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man von ihm, daß die sowjetische Besatzungsmacht sich in Deutschland auf „Friedenswacht“ befindet.

Gegen eine Abschaffung des Kartensystems wandte sich der Generalsekretär, weil die Karten allen Bürgern ausreichende Versorgung garantierten. Eine zum Parteitag erwartete HO-Preissenkung erklärte er nur für möglich, wenn es bis zum Herbst gelinge, für eine Milliarde Mark Gebrauchsgüter über den Plan hinaus zu produzieren.

## Verlegenheitsprogramm

Das von Ulbricht verkündete Verlegenheitsprogramm der SED gibt — wenn überhaupt — folgende Perspektive:

1. Die SED wird die immer dringlichere Forderung nach freien Wahlen durch eine im Herbst durchzuführende „Volkskammer“-Neuwahl zu beschwichtigen suchen. Diese „Wahl“ wird mit üblicher Einheitsliste gestartet. Durch die Verknüpfung mit dem erwähnten „Volksentscheid“ kann die SED jeden als „Kriegshetzer“ und „Agenten“ diffamieren, der nicht für jene Liste stimmt.

2. Die SED ist nicht in der Lage, ihr bereits vor zwei Jahren gegebenes Versprechen auf Abschaffung der Lebensmittelkarten einzulösen. Erstmals wird dabei das Kartensystem — allen früheren Erklärungen entgegen — als „sozial“ und fortschrittlich dargestellt.

(Fortsetzung auf S. 6)

## Ulbrichts dunkle Prozentrechnung

(Fortsetzung von S. 5)

3. Die SED hat eindeutig erklärt, daß es keine Preissenkung geben kann. Eine weitere Herabsetzung der HO-Preise macht sie abhängig von der Überproduktion an Konsumgütern. Einziger Weg dazu sei die „Mehrproduktion nach dem Muster Frida Hockaufs“, also die „freiwillige“ Normenerhöhung. Damit beschreitet die SED den gleichen Weg, der vor knapp zehn Monaten um ein Haar zu ihrem Ende führte.

Den 17. Juni weiß die SED noch immer als nicht anders als einen „faschistischen Putsch“ zu definieren. Alles übrige liegt auf der gleichen Linie politischer Überheblichkeit. Die Delegierten selbst waren betroffen von dem Armutszugnis des Generalsekretärs. Sie klatschten lustlos, viele dachten: Wie sollen wir danach diskutieren?

Ulbrichts ökonomische Perspektive blieb im Dunkel der Prozentrechnung. Ende 1954 werde die Zone den Produktionsstand von 1936 um 50 Prozent überschritten haben, dozierte er. Die Zuhörer, die schon 1936 lebten, wunderten sich. Für die Landwirtschaft kündigte der SED-Sekretär „Neulandgewinnung aus Sumpfwiesen“ an.

## Neue Küstenbefestigungen

Berlin (Eigenmeldung). Mit dem weiteren Ausbau der Küstenbefestigungen entlang der sowjetzonalen Ostseeküste soll in Kürze begonnen werden. Die Volkspolizei hat bereits einen „Evakuierungsplan“ ausgearbeitet, um „unsichere Elemente“ der Bevölkerung auszusiedeln.

Ein großer Teil der Erdarbeiten wird von politischen Gefangenen ausgeführt werden, die zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden sind.

## Sie wollen nicht flaggen

Berlin (Eigenmeldung). Nach den ersten Berichten der Ostberliner SED-Hausvertrauensleute an ihre Bezirkspartei-

„Warum“ fragte er, „gehen keine Ingenieure, Agronomen und Techniker aufs Land?“ Die Delegierten schienen es auch nicht zu wissen und schwiegen.

Einiges Wortreiches stand unter dem Zeichen der EVG. Ulbricht sprach etwas verschlüsselt von „Gegenmaßnahmen“ und meinte offensichtlich die Verstärkung der kasernierten Volkspolizei. Anwesenden Junggenossen sah man das Unbehagen an, Vopo-Gesichter schienen auszudrücken: Warum soll es anderen besser gehen als uns? Das Fiasko der Freiwilligen-Werbung übergibt Ulbricht mit Worten von Patriotismus und Vaterland.

Als Leiter der Zentralen Parteikontrollkommission referierte Politbüro-Mitglied Matern über

die „Zaisser - Herrstadt - Verschwörung“. Er suchte die Anwesenden zu überzeugen, daß Herrstadt um ein Haar der sowjetzonalen Tito geworden wäre, und drohte, es seien wesentlich mehr Funktionäre als bekannt in diesen Fall verwickelt. Worauf etliche Delegierte sich plötzlich, außerordentlich für den Inhalt des gedruckten Parteitagsprogramms interessierten.

Sie wußten schon, daß ihnen an den letzten beiden Tagen des SED-Hauptlingstreffens die parteinterne Standpause bevorstand, an der die Vertreter der Westpresse sicherheitshalber nicht teilnehmen durften. An diesen beiden Tagen verurteilten sie sich selbst zu lebenslänglicher Haft in der SED. Denn das neue Parteistatut, das selbstverständlich angenommen wurde, gestattet keinen Austritt aus der Partei mehr.

## Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Reinhardt, Arthur, etwa 47 Jahre alt, zuletzt wohnhaft gewesen in Weißenschirmbach Kr. Querfurt, Mitgl. d. KPD/SED, SED-Funktionär zu-

letzt tätig gewesen als Sachbearbeiter beim Finanzamt Querfurt. Ist verdächtig, für den SSD zu arbeiten.

2. Renner, Dresden, Leiter der Kaderabteilung bei der Bez.-Direktion f. Post- u. Fernmeldewesen. Ist verdächtig, für den SSD zu arbeiten.

3. Rogge, Jürgen, etwa 40 Jahre alt, früher wohnhaft gewesen in Schwerin, zuletzt wohnhaft in Rostock, Mitgl. der SED, zul. Abt.-Leiter beim Rat des Bez. Rostock, Abt. Kultur.

4. Rott, wahrscheinl. Gisela, etwa 46 Jahre alt, zuletzt wohnh. gewesen in Gera, Humboldtstr. 1, zul. tätig gewesen bei der Zentralstelle f. Hygiene als med.-techn. Assistentin.

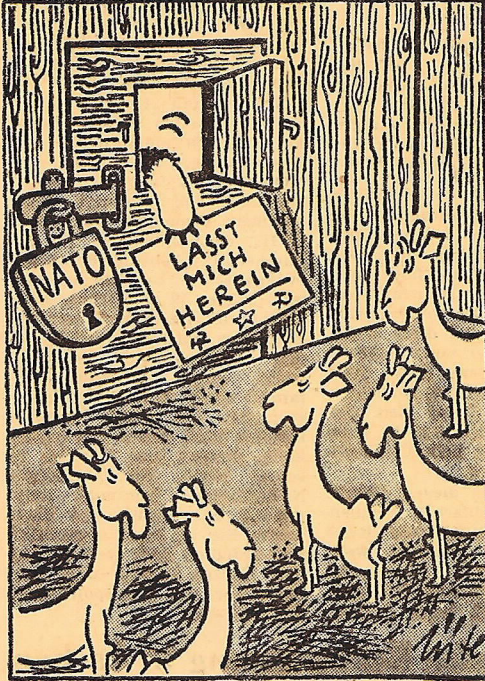
5. Runki, Anton, 59 Jahre alt, früher wohnhaft gewesen in Waren, zuletzt wohnhaft in Schwerin, Karl-Liebkecht-Str. Nr. 6, Mitgl. d. KPD/SED, fr. Kreisrat in Waren gew., zul. tätig gewesen als Landesstellenleiter des Deutschen Veranstaltungsdienstes.

stellen haben sich die meisten Hausbewohner, soweit sie nicht der SED angehören, geweigert, ihre Häuser und Geschäfte „zu Ehren des IV. Parteitags der SED“ zu schmücken.

## Kalte Schulen

Potsdam (Eigenmeldung). Nach einer Feststellung des Staatssekretariats für Erziehung und Unterrichtswesen sind im Bezirk Potsdam in diesem Winter über 40 Prozent der Schüler länger als 20 Stunden dem Unterricht wegen Erkältungskrankheiten ferngeblieben. Die mangelhafte Zuteilung von Brennstoff hatte eine durchschnittliche Temperatur von 12 bis 15 Grad in den Klassenzimmern zur Folge,

## Moskaus Atlantikpakt-Wunsch



Alte Geschichte: Die sieben Geißlein!

## Alles geklärt

Frau Müller will sich scheiden lassen. Ihr Mann muß verrückt geworden sein. Tagsüber sitzt er da und hört sich ihre Gardinenpredigten geduldig an, ohne ein Wort zu sagen. Und nachts schmeißt er in regelmäßigen Abständen den rechten Arm in die Luft und brüllt.

Schließlich überwindet Frau Meyer die Angst von seinem verrückten Gehabe und sagt ihm, warum sie ihn für verrückt hält.

Lächelt Müller erleichtert zurück: „Ach das? Ich war doch Delegierter auf dem SED-Parteitag! Gegen die Reden dort sind deine Standpauken eine Erholung — die stören mich nicht mehr. Und nachts — da träume ich wahrscheinlich von den Abstimmungen!“

## Lebenslänglich

Traurig sitzen zwei Häftlinge in ihrer Zelle und unterhalten sich über ihr Strafmaß. „Fünf Jahre nicht tun dürfen, was man will — und immer unter Beobachtung!“ stöhnt der eine.

Macht der Aufseher die Tür auf und sagt: „Seht ihr, und ich bin in der SED und hab lebenslänglich gekriegt, als sie das neue Parteistatut beschlossen haben!“

## Nur flüstern . . .

## Unerhört

Zum Leiter eines tschechischen Zuchthauses kommt aufgeregt der Ober-Gefangenenwärter. „Ich weiß nicht mehr, was ich machen soll“, gesteht er, „die Häftlinge sind in den Hungerstreik getreten!“

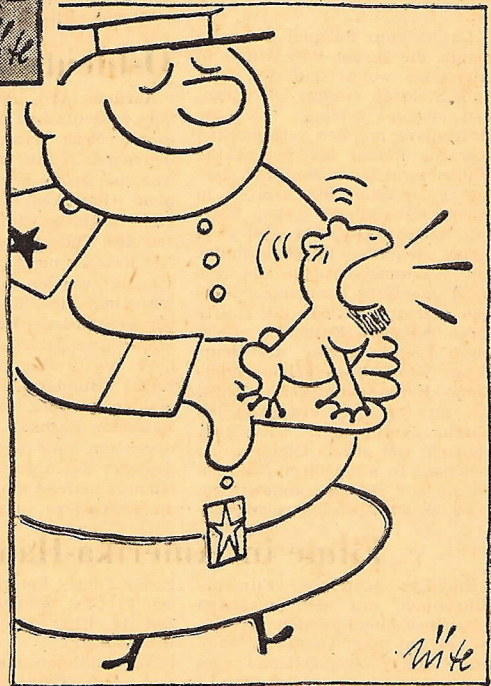
Der Zuchthaus-Leiter ruft in seiner Angst die Parteileitung an und meldet den Fall. Schallt es wütend aus der Leitung zurück: „So eine Schweinerei! Wer hat euch denn erlaubt, ihnen überhaupt etwas zu essen zu geben?“

## Von Vati gelernt

SED-Funktionär Meyer bekommt Besuch. Stürzt sein Sohn Hänchen sofort auf die fremde Tante und den fremden Onkel zu und fordert energisch: „Gebt mir mal was! Ihr müßt mir doch was mitgebracht haben!“

Hänchens Vater ist das peinlich. Streng ermahnt er seinen Sprößling: „Man darf doch nicht von fremden Leuten einfach etwas verlangen. Vielleicht wollen sie dir gar nichts geben!“

Staunt Hänchen sehr: „Aber Vati — du tust das doch auch, wenn du mit der Unterschriftenliste oder der Sammelliste herumgehst? Und sieh mal, ich gehöre ja doch auch schon fast zur Partei!“



SED-Parteitag — jetzt souverän

## Waldenburg — die große Gemeinde

### Zusammenhalt der Deutschen in Schlesien

Unter den Deutschen in Schlesien sind heute Stadt und Kreis Waldenburg — von den Polen Walbrzych genannt — als die am festesten zusammengefügte evangelische Gemeinde bekannt. Nicht selten verbringen Schlesier aus anderen Teilen der Provinz hier ihren Urlaub, um endlich einmal wieder für einige Wochen an einem geregelten Gemeindeleben teilnehmen zu können. Andere wieder ließen sich aus diesem Grund in Waldenburg ganz nieder.

Die polnischen Behörden legen der Religionsausübung der deutschen Evangelischen hier wenig Schwierigkeiten in den Weg. Ein Bergarbeiter von der Grube „Thorez“ schrieb vor kurzem, daß sie auch im Winter alle zwei Wochen Gottesdienst in der Kirche von Waldenburg-Altwasser hielten. Das Problem in der kalten Jahreszeit war die Beschaffung des knappen Brennmaterials für das Gotteshaus. Einige deutsche Bergleute stellten der Kirche kostenlos Teile ihres Kohlendeputats zur Verfügung. Einzelne Familien spendeten Kohlen und Holz. Das erforderte große Opfer, weil die Zuteilung sehr gering ist.

Da ist zum Beispiel eine alte Dame, die an der Vogelkuppe in Altwasser wohnt und sich jetzt vom Stricken ernährt. Seit Jahren schon versorgt sie ihr Gotteshaus mit den verknappten Kerzen, indem sie geschenkte Wolle verarbeitet und die daraus gefertigten Strickwaren in einem Fabrikdepot gegen Kerzen tauscht. Oder da sind zwei junge deutsche Bergbauschüler der „Viktoria“-Gruben, die 1953 in Waldenburg konfirmiert wurden und nun jeweils die Hälfte ihres geringen Entgeltes einem alten Lektor geben, der deutschen Kindern in seiner Wohnung Religionsunterricht gibt. Es ist ja der evangelischen Kirche untersagt, Kirchensteuern von ihren Gliedern zu erheben. In allen ihren Zweigen ist sie auf Spenden angewiesen. Da es an deutschsprachig ge-

druckten Gesangbüchern und Bibeln fehlt, wendet man sich an Polen, die in deutschen Häusern wohnen und noch nicht allen deutschen Hausrat vernichtet, verkauft oder verschenkt haben. Auf diese Weise kann man immer noch deutsche Bibeln auftreiben. Auch viele Polen haben wie die meisten Deutschen in dieser Zeit des krassen Materialismus ihr ganzes Leben nach dem Christentum ausgerichtet.

In den vier in diesem Gebiet bestehenden deutschen Schulen darf kein evangelischer Religionsunterricht gehalten werden. Man behindert aber nicht den Unterricht in Privaträumen. Deutsche Eltern legen großen

Wert darauf, daß ihre Kinder auf diese Weise schon vor dem Konfirmanden-Unterricht am religiösen Leben beteiligt werden. Die Arbeitszeit läßt das nicht immer zu, weil schon 12jährige Deutsche auf den Kolchosen und 14jährige in den Gruben arbeiten müssen, wenn die Familien einigermaßen ihr Auskommen haben wollen.

Obwohl oft von den Polen Sonntagsarbeit verlangt wird, kommen immer 85 und mehr v. H. der Gläubigen in die Kirchen. Die Zahl der deutschen evangelischen Gemeinden wird mit 18 oder 19 angegeben. Eine Reihe von alten und kranken Gläubigen wird regelmäßig von den Kirchenältesten usw. besucht. Diese Menschen erfahren auch karitative Unterstützung, die durch Spenden möglich wird. Jeder, der irgend kann, steuert dem Unglück in seiner Nähe. Die christliche Nächstenliebe bestimmt weitgehend das Dasein der Menschen. Sie ist nicht organisiert und befohlen und, weil sie aus dem Herzen kommt, doch verbindender als alle politischen Institutionen.

## Ostdeutsche Kulturtagung in Aachen

Aachen (AP). Höhepunkt der vom ostdeutschen Kulturrat zum ersten Male veranstalteten ostdeutschen Kulturtagung in Aachen war eine große Kundgebung, die dem Gedanken von Nikolaus Kopernikus gewidmet war, dessen 400. Todestag 1943 während des Krieges nicht gebührend gewürdigt werden konnte. In Anwesenheit des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, führte der Schirmherr der dreitägigen Veranstaltung, Bundesvertriebenenminister Oberländer, im historischen Aachener Rathaus aus, sein Ministerium habe beschlossen, angesichts des drohenden Bolschewismus helfend einzugreifen, um zu verhindern, daß ein Verlust

der kulturschöpferischen Kräfte der Vertriebenen durch die Gefahr der Vermassung entstände. Der ostdeutsche Kulturrat werde deshalb berufen, als Beirat seines Ministeriums zu wirken.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabend Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.